

Niederschrift

HFA/VIII/14

Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Rosendahl am 27.06.2012 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Ausschussvorsitzende

Niehues, Franz-Josef Bürgermeister

Die Ausschussmitglieder

Branse, Martin
Meier, Lisa Margeaux Vertreterin für Frank Meier
Mensing, Hartwig
Rahsing, Ewald
Reints, Hermann
Schubert, Franz
Schulze Baek, Franz-Josef
Söller, Hubert
Steindorf, Ralf

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich Allgemeiner Vertreter
Isfort, Werner Kämmerer
Wisner-Herrmann, Sabine Schriftführerin

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Meier, Frank

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:40 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ausschussmitglieder und Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld.

Er stellte fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 18. Juni 2012 form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig sei.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

Es waren keine Einwohner zur Fragestunde anwesend.

2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

Es wurden keine Anfragen von Ausschussmitgliedern gestellt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 25. April 2012.

Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

4 Bedarfsgerechte Bereitstellung von Ausbildungsstellen bei der Gemeinde Rosendahl

Vorlage: VIII/424

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/424 und machte deutlich, dass er absolut keine Möglichkeiten sehe, eine weitgehende Übernahme von Auszubildenden zu gewährleisten. Ergänzend zur Sitzungsvorlage erläuterte er, dass es im Rathaus 5 Stellen gebe, die zurzeit mit Teilzeitkräften besetzt seien, deren Stelleninhaberinnen aber nach Ablauf ihrer jeweils beantragten Erziehungszeiten Anspruch auf eine Vollzeitstelle hätten.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erkundigte sich, ob bekannt sei, wo die ehemaligen Auszubildenden des Bauhofes eingestellt worden seien.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass sich ein Auszubildender ja noch beim Bauhof in der Ausbildung befinde. Der andere ehemalige Auszubildende sei nach seiner Abschlussprüfung noch ein halbes Jahr weiterbeschäftigt worden. Danach habe er bei verschiedenen Firmen gearbeitet. Er wisse allerdings nicht, ob er sich jetzt in einem festen Arbeitsverhältnis befinde.

Fraktionsvorsitzender Steindorf war der Ansicht, dass reine Verwaltungsfachkräfte immer gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten. Ebenso sei es bekannt, dass beim Landesbetrieb Straßen.NRW eine starke Fluktuation herrsche. Dort würden immer Mitarbeiter gesucht, auch Berufsfremde hätten dort eine Chance. Die CDU-Fraktion sei der Meinung, dass es eine soziale Verpflichtung sei, weiterhin Ausbildungsplätze anzubieten, dabei aber von Anfang an mitzuteilen, dass eine spätere Übernahme nicht möglich sei.

Fraktionsvorsitzender Mensing wies darauf hin, dass sich die WIR-Fraktion in der Vergangenheit aufgrund des Ausbildungsstellenmangels dafür ausgesprochen habe, Ausbildungsplätze anzubieten, um zumindest eine Ausbildung zu gewährleisten. Inzwischen habe sich die allgemeine Situation geändert. Die Industrie und Wirtschaft stelle sehr viele Ausbildungsstellen zur Verfügung, so dass die WIR-Fraktion nun der Meinung sei, dass sich die Verwaltung aus ihrer Verpflichtung zur Ausbildung zurückziehen könne. Die WIR-Fraktion werde daher dem Verwaltungsvorschlag folgen.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass er persönlich zwar grundsätzlich der Ansicht sei, dass man Ausbildungsstellen bereitstellen solle, aber er stimme Herrn Mensing darin zu, dass die Situation am Arbeitsmarkt sich deutlich verbessert habe. Aufgrund der finanziellen Situation der Gemeinde Rosendahl werde die SPD-Fraktion daher dem Verwaltungsvorschlag ebenso zustimmen.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass es aufgrund der zu Beginn schon erwähnten Erziehungszeiten im Rathaus 2 ½ Stellen gebe, die nur befristet besetzt werden könnten bzw. momentan besetzt seien. Möglichkeiten zu einer unbefristeten Weiterbeschäftigung gebe es zurzeit nicht.

Ausschussmitglied L.M. Meier stellte fest, dass es nicht ungewöhnlich sei, Stellen nur befristet zu besetzen. Auch in der Industrie sei dies durchaus üblich, ebenso wie eine bedarfsgerechte Ausbildung. Die FDP-Fraktion werde daher dem Verwaltungsvorschlag folgen.

Ausschussmitglied Reints verwies auf eine sogenannte „Ausbildungsplatzabgabe“, die eventuell gezahlt werden müsse, wenn ein Betrieb oder ein öffentlich rechtlicher Arbeitgeber nicht mehr ausbilde. Grundlage sei dabei die Anzahl der zuvor ausgebildeten Personen.

Verwaltungsseitig war diese „Ausbildungsplatzabgabe“ nicht bekannt. Eine Überprüfung wurde aber zugesagt.

Information:

Am 7. Mai 2004 wurde die *Ausbildungsplatzabgabe* im Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition verabschiedet. Am 11. Juni 2004 wurde das Gesetz aber mit großer Mehrheit im Bundesrat abgelehnt. (Quelle: Wikipedia)

Nach einem Beschluss des NRW-Landtags sollen ab dem 01. Juli 2012 mit einer *Ausbildungsumlage* alle Pflegeeinrichtungen die Finanzierung von Ausbildungsplätzen für dringend benötigte Pflegekräfte gleichmäßig schultern. (Quelle: Verbraucherzentrale NRW)

Der Ausschuss fasste sodann folgenden **Beschluss**:

Von der Gemeinde Rosendahl werden Ausbildungsstellen nur noch bedarfsgerecht bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja Stimmen
 4 Nein Stimmen

5 Mitteilungen

5.1 Gewerbesteuerentwicklung im laufenden Haushaltsjahr

Im Vorgriff auf den nach den Sommerferien vorzulegenden Finanzzwischenbericht teilte Kämmerer Isfort mit, dass sich im Hinblick auf die Entwicklung der Gewerbesteuer im bisherigen Jahresverlauf Entwicklungen von gravierender Bedeutung ergeben hätten. Im April diesen Jahres seien zunächst unerwartete Zugänge in Höhe von rd. 970.000 € zu verzeichnen gewesen, die ihren Ursprung in Nachveranlagungen für das Erhebungsjahr 2007 hatten. Die Zugänge hätten dazu geführt, dass der Haushaltsansatz 2012 in Höhe von 3.619.670 € zu diesem Zeitpunkt nicht nur erreicht, sondern bereits um 590.000 € überschritten wurde. Aufgrund neuester Messbescheide der Finanzverwaltung mussten diese Zugänge in den vergangenen Tagen jedoch zurückgenommen werden und zusätzlich für den gleichen Erhebungszeitraum eine darüber hinausgehende Erstattung vorgenommen werden. Nach Durchführung der entsprechenden Veranlagungen ergebe sich aktuell ein Gewerbesteueraufkommen von 3,060 Mio. € und damit ein Unterschreiten des Ansatzes von rd. 560.000 €.

Kämmerer Isfort berichtete weiter, dass die vorstehenden Zu- und Abgänge zusätzlich erhebliche Veränderung bei der Verzinsung von Gewerbesteueransprüchen nach sich gezogen hätten. Hätten die Nachveranlagungen zunächst Zinsansprüche der Gemeinde von rd. 169.800 € begründet, so führen die aktuellen Gewerbesteuererstattungen zu einer Zinsbelastung für die Gemeinde von rd. 237.400 €.

Abschließend stellte er im Hinblick auf das zu erwartende Jahresergebnis fest, dass die derzeitige Situation bei der Gewerbesteuer nicht abschließend sein müsse, zumal die Erfahrung zeige, dass Nachveranlagungen für abgelaufene Erhebungszeiträume oftmals erst im zweiten Halbjahr durchgeführt werden.

6 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

Es waren keine Einwohner zur Fragestunde anwesend.

Niehues
Bürgermeister

Wisner-Herrmann
Schriftführerin